

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 5/89

Berlin

2. Februar 1989

56. Jahrgang

Die Lage der DDR-Wirtschaft zur Jahreswende 1988/89

Das Jahr 1988 ist in der DDR als entscheidend für die Erfüllung des Fünfjahrplans 1986 bis 1990 bezeichnet worden. Unter diesem Aspekt war die Entwicklung unbefriedigend. Zwar ist die Wachstumsabschwächung 1988 zum Teil von witterungsbedingten Produktionsausfällen in der Landwirtschaft verursacht worden. Insgesamt entfernt sich die DDR-Wirtschaft aber von dem Wachstumspfad, den der Fünfjahrplan vorgesehen hatte. Nicht nur, daß die Planung gegenüber der Linie des Fünfjahrplans zurückgenommen wird, die Planerfüllung bleibt immer mehr hinter den Zielen zurück.

Aus dem Jahresplan für 1988 und dem Bericht der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik über seine Durchführung¹ ergibt sich folgende Entwicklung der wichtigsten Kennzahlen (realer Zuwachs gegenüber dem Vorjahr in vH):

	Plan 1988	Ist 1988
Produziertes Nationaleinkommen	4,1	2,7
Industrielle Warenproduktion		
Gesamte Volkswirtschaft	3,6	.
Zentralgeleitete Betriebe	4,1	3,7
Nettoproduktion der Industrie (nur zentralgeleitete Betriebe)	8,0	7,0
Nettogeldeinnahmen (nominal)	4,0	3,9
Einzelhandelsumsatz (nominal)	4,0	3,9
Investitionen	4	5
Außenhandelsumsatz (nominal)	2,6	0

Für das produzierte Nationaleinkommen wird eine Zunahme von 3 vH angegeben. Auf der Basis der einzelnen Zuwachsraten für das Nettoprodukt (Beitrag der Bereiche zum produzierten Nationaleinkommen) beläuft sich die ungerundete Rate aber auf 2,6 bis 2,8 vH. In der Landwirtschaft ist das Nettoprodukt um 8 vH zurückgegangen. Hätte sich die Landwirtschaft entwickelt wie geplant (-2 vH), dann wäre das Nationaleinkommen um 3,4 vH gestiegen. Die Landwirtschaft hat also zum Planrückstand nur etwa zur Hälfte beigetragen. Damit bestätigt

sich die an dieser Stelle Mitte des vergangenen Jahres ausgesprochene Prognose², daß 1988 die im Volkswirtschaftsplan festgelegten Ziele nicht erreicht werden.

Planung und Planerfüllung

Die Diskrepanz zwischen Planung und Realisierung sollte nicht überbewertet werden; sie deutet aber auf eine systematische Überschätzung der Produktionsmöglichkeiten hin. Die DDR-Wirtschaft arbeitet im Vergleich zu früher jetzt unter erschwerten Bedingungen: Arbeitskräfte, Energie und Material sind knapper, die Produktionsanlagen sind in weiten Teilen veraltet, es fehlt die Breitenwirkung der Ergebnisse aus Wissenschaft und Technik. Viele dieser Faktoren sind bekannt und kalkulierbar. Das gilt für das Arbeitskräftepotential und die Ressourcen an Energie und Material, in begrenzterem Umfang für die Leistungen des Anlagevermögens und die produktivitätssteigernden Effekte des technischen Fortschritts. Diese Möglichkeiten werden in der Planung offensichtlich zu optimistisch angesetzt. Dahinter steht die Philosophie, ein „realer Plan“ sei „stets ein anspruchsvoller, unter Anspannung aller Kräfte und mit der Initiative

¹ Neues Deutschland vom 19. Januar 1989, S. 3 ff.

² Vgl. DDR-Wirtschaft im ersten Halbjahr 1988. Bearb.: Doris Cornelsen. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 30/1988, S. 379 ff.

Indikatoren zur Wirtschaftsentwicklung in der DDR
Zuwachs gegenüber dem Vorjahr in vH*

	1981	1986	1986	1987	1988		1989
	-85 ¹⁾	-90 ¹⁾			Plan	Ist ²⁾	Plan
	Ist	Plan	Ist	Ist	Plan	Ist ²⁾	Plan
Produziertes Nationaleinkommen	4,3	4,6	4,3	3,6	4,1	2,7	4,0
Industrie							
Warenproduktion ³⁾	4,2	3,9	3,7	3,5	3,6	.	3,5
Bereich der Industrieministerien:							
Warenproduktion	4,8	4,2	4,3	3,7	4,1	3,7	4,2
Nettoproduktion ³⁾	7,0	8,4	8,4	6,5	8,0	7,0	6,5
Arbeitsproduktivität ³⁾ ⁴⁾	6,3	8,4	8,7	6,7	8,0	7,0	6,0
Bauwirtschaft							
Bauproduktion (zentralgeleitet) ³⁾ ⁵⁾	3,4	3,4	3,4	2,5	3,3	2,8	2,1
Fertiggestellte Wohnungen ⁶⁾	197,8	212,8	215,7	214,2	211,5	219,2	212,2
Neubau	122,6	118,6	119,3	114,0	110,0	110,5	107,8
Modernisierung	75,2	94,2	96,4	100,2	101,5	108,7	104,4
Landwirtschaft							
Pflanzenproduktion ⁷⁾ ⁸⁾	2,4	2,2	-3,0	3,2	-3,9	-11	10
dar.: Getreide ⁹⁾ (in Mill. t)	10,4	11,9	11,7	11,2	11,4	10	11,6
Tierische Marktproduktion ⁸⁾ ¹⁰⁾	1,1	2,1	3,0	0,6	-1,7	0,1	-0,2
Viehbestand	0,3	.	-0,5	-1,6	.	-0,5	.
Binnenverkehr¹¹⁾							
Gütertransportmenge, insgesamt	-3,6	.	-1,5	-1,7	.	2,5	.
dar.: Eisenbahn	1,9	.	-0,5	-0,4	.	1,3	.
Straßenverkehr	-8,5	.	-2,3	-2,8	.	2,9	.
Binnenschifffahrt	2,3	6,9	6,6	-1,0	.	12,3	.
Elektrifizierte Eisenbahnstrecke ⁶⁾ (in km)	164	300	237	338	.	358	322
Einzelhandelsumsatz¹²⁾	2,1	4,0	4,1	3,6	4,0	3,9	4
Nahrungs- und Genußmittel	2,5	2,7	2,8	3,1	.	2,1	.
Industriewaren	1,7	5,3	5,4	4,2	.	5,7	.
Außenhandel, Umsatz¹²⁾¹³⁾	9,4	.	1,0	-3,0	2,6	0,3	3,6
Einfuhr	6,6	.	4,3	-4,2	.	0,4	2,9
Ausfuhr	12,2	.	-2,1	-1,7	.	0,1	4,3
Saldo ⁶⁾ (in Mrd. Valuta-Mark)	+5,2	.	+1,0	+3,3	.	+3,0	+4,3
Nettogeldeinnahmen der Bevölkerung	3,0	4,0	4,5	4,7	4,0	3,9	3,5
Investitionen¹⁴⁾	-0,9	2,9	5,3	8,0	4,1	5	2

* absolute Werte: geplante bzw. erreichte Leistung im jeweiligen Jahr. — 1) Durchschnittlicher jährlicher Zuwachs. — 2) Vorläufige Angaben, z.T. geschätzt. — 3) Ist-Angaben bis 1987 aus Indexzahlen errechnet. — 4) Basis Nettoproduktion. — 5) Ist-Angaben bis 1987 beinhalten neben der Bauproduktion auch die industrielle Warenproduktion sowie die nichtindustriellen Leistungen des Bauwesens. — 6) Fünfjahrangaben: durchschnittliche jährliche Leistung. — 7) Gesamtheit der Pflanzenproduktion; bewertet in Getreide-Einheiten (GE); Planzahlen und Ist-Angabe für 1988 unter Berücksichtigung der von der DDR genannten Hektar-Leistungen. — 8) Fünfjahrplanzahlen: durchschnittlicher jährlicher Zuwachs, ausgehend vom Durchschnitt der vorangegangenen fünf Jahre im Hinblick auf das geplante Volumen im Jahre 1990. — 9) Fünfjahrplan: angestrebte Getreideernte im Jahre 1990. — 10) Summe des staatlichen Aufkommens an Schlachtvieh, Milch, Eiern und Wolle; bewertet in GE. — 11) Ohne Seeschifffahrt und zivile Luftfahrt. — 12) Jeweilige Preise. — 13) Einschl. innerdeutscher Handel. — 14) Ohne Generalreparaturen; konstante Preise des Jahres 1985.

Quellen: Statistische Jahrbücher der DDR. — Statistical indicators of short term economic changes in ECE countries, Genf. — Gesetz über den Fünfjahrplan 1986 – 1990 (GBl. der DDR, Teil I, Nr. 36/1986). — Gesetze über die Volkswirtschaftspläne (zuletzt: GBl. der DDR, Teil I, Nr. 27/1988, S. 311 ff.). — Plan-Durchführungs-Berichte (zuletzt: Neues Deutschland vom 19. Januar 1989, S. 3 ff.). — Berechnungen und Schätzungen des DIW.

der Werktätigen erfüllbarer Plan" (Erich Honecker). Die viel zitierte „qualifizierte Bilanzierung" besteht nicht in einer nüchternen Abwägung des Machbaren auf der Basis der vorhandenen Ressourcen, sondern enthält die Hoffnung auf „Tatkraft, hohe Leistungen und die Erschließung zusätzlicher Reserven". Diese Möglichkeiten sind geringer geworden:

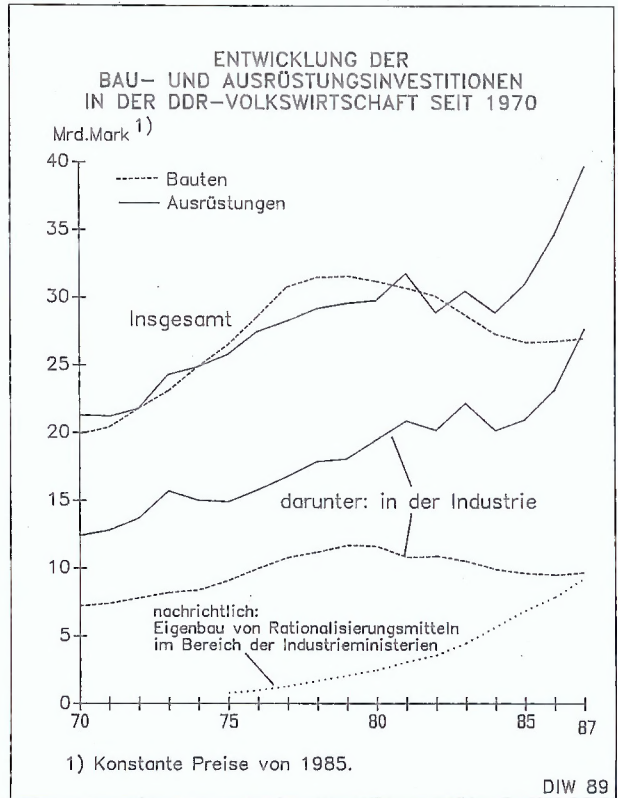
- Die Steigerung der volkswirtschaftlichen Arbeitsproduktivität (produziertes Nationaleinkommen je Berufstätigen) hat sich abgeflacht und liegt jetzt deutlich unter 4 vH,
- die Senkung des spezifischen Produktionsverbrauchs ist kontinuierlich kleiner geworden.

Eine Planung, die diese längerfristigen Tendenzen außer acht läßt, bringt ihrerseits zusätzliche Friktionen. Ein unrealistisch bilanzierter Plan führt auf allen Ebenen zu Unstimmigkeiten, die sich wellenförmig ausbreiten. Die zahlreichen Planrevisionen für dieses Jahr sind ein deutliches Indiz dafür, ebenso die zunehmenden Klagen wegen der schleppenden Vertragserfüllung. Geliefert wird nicht zum richtigen Termin und/oder nicht die notwendige Menge und Qualität³. Beim Staatlichen Vertragsgericht der DDR berufen sich die Betriebe auf „Widersprüche im Planungs- und Bilanzierungsprozeß"⁴. Dies gilt selbst und immer noch bei der Erfüllung der vorrangigen Staatsplanpositionen. 1988 gab es 450 Staatsplanpositionen⁵, mit denen die entscheidenden Energieträger, Rohstoffe, Zuliefererzeugnisse, Ersatzteile, Ausrüstungen und Konsumgüter erfaßt sind. Zusammen machen sie gut die Hälfte der Industrieproduktion aus.

Investitionen und „Eigenerwirtschaftung der Mittel"

Gegenwärtig sind die Investitionen in der DDR in den Mittelpunkt gerückt, das ist eine deutliche Akzentverlagerung in der Wirtschaftspolitik. In der ersten Hälfte der achtziger Jahre hatten die Investitionen stagniert. 1985 wurde eine Wende eingeleitet und die Investitionstätigkeit in raschem Tempo erhöht. Der Anteil der Investitionen am verwendeten Nationaleinkommen ist nach einem Höchststand von 24 vH im Jahr 1978 kontinuierlich bis auf unter 18 vH im Jahr 1985 gesunken; seitdem steigt die Investitionsquote. Sie belief sich 1987 auf knapp 19 vH. 1988 waren die Investitionen real um 5 vH größer, die Quote dürfte weiter zugenommen haben. Eine steigende Investitionsquote war im Fünfjahrplan 1986 bis 1990 nicht festgelegt. Geplant war eine Zunahme der Investitionen um 2,9 vH jährlich, gegenüber einem Wirtschaftswachstum von 4,6 vH. Inzwischen ist wohl deutlich geworden, daß die restriktive Investitionspolitik in der ersten Hälfte der achtziger Jahre große Lücken hinterlassen hat und die Wettbewerbsfähigkeit der DDR-Wirtschaft in hohem Maß von der Erneuerung der Kapazitäten abhängt.

Parallel dazu ist die Verantwortung für die Investitionstätigkeit teilweise auf die Betriebe verlagert und die Rolle



der Finanzierung aufgewertet worden. Stichwort hierfür ist das „Prinzip der Eigenerwirtschaftung der Mittel“, das schon zu den Elementen des Neuen ökonomischen Systems in den sechziger Jahren gehört hatte (Beschuß von 1967). Dieses Prinzip bedeutet im wesentlichen die Finanzierung der Investitionen aus eigener Kraft, also aus Gewinnen und Abschreibungen. Mit der Rezentralisierung zu Beginn der siebziger Jahre wurde die Verknüpfung von Gewinn und Investitionen abgeschafft, die Investitionen wurden von der Zentrale „nach Rang- und Reihenfolge“ zugeteilt. Zur Finanzierung erhielten die Betriebe genaue Auflagen, welche Mittel dem Investitionsfonds zugeführt werden müssen; die Investitionstätigkeit war damit nicht mehr unmittelbar vom Gewinn abhängig.

Jetzt ist das Prinzip der Eigenerwirtschaftung bei den Investitionen wieder belebt worden, und zwar in zwei Varianten:

- einmal als begrenzte Anwendung für die überwiegende Zahl der Betriebe,
- zum anderen als erweiterte Anwendung in ausgewählten Kombinat.

³ Karl-Heinz Arnold: Vertrag verletzt, und es entsteht ein Flächenbrand. In: Berliner Zeitung vom 5. August 1988, S. 3 f.

⁴ Gerhard Walter: Zur Verantwortung der Generaldirektoren für die Lösung von Kooperationsproblemen. In: Wirtschaftsrecht. Heft 4/1988, S. 85 ff.

⁵ Ausgangspunkt ist der Bedarf der Volkswirtschaft. In: Berliner Zeitung vom 18. August 1988, S. 3 f.

Gleichzeitig ist die zentrale Zuteilung der Investitionen verändert worden. Von 1989 an gibt es einen Staatsplan Investitionen, der mit dem Staatsplan Wissenschaft und Technik verbunden sein soll. Er wird von der obersten Leitungsebene ausgearbeitet⁶ und enthält strukturpolitisch wichtige Vorhaben (z.B. für die Schlüsseltechnologien). Hier gibt es weiterhin Plankennziffern und Zuschüsse aus Mitteln des Staatshaushalts. Der Staatsplan Investitionen umfaßt etwa 300 Vorhaben und ein Fünftel der Gesamtinvestitionen (Plan 1989).

Die begrenzte Anwendung des Prinzips der Eigenerwirtschaftung der Mittel wurde im Februar 1987 kodifiziert⁷. Das Gesetz, das Anfang 1988 in Kraft trat, sieht für Kombinate und Betriebe einen speziellen Investitionsfonds vor, zusätzlich zum allgemeinen Investitionsfonds. In diesen Fonds fließt ein festgelegter Teil der Abschreibungen und der Gewinne. Die Mittel sind auf das Folgejahr übertragbar, sie können in eigener Verantwortung für Investitionen im Wert von maximal fünf Mill. M verwendet werden. Allerdings ist für die Realisierung vornehmlich der Eigenbau von Rationalisierungsmitteln einzusetzen. Diese „Eigenproduktion“ soll forciert werden, dazu werden staatliche Plankennziffern erteilt⁸.

Die erweiterte Anwendung gilt für ausgewählte Kombinate schon seit Jahresanfang 1988; die speziellen Vorschriften sind jetzt als Teil eines neuen Gesetzes⁹ veröffentlicht worden. Das Gesetz regelt einmal die Planung, Bildung und Verwendung des Investitionsfonds für Vorhaben des neu eingeführten Staatsplans Investitionen, zum anderen den eigenverantwortlich zu erwirtschaftenden und zu verwendenden Investitionsfonds für Kombinate, die „zentral mit den Jahresvolkswirtschaftsplänen festgelegt“ werden. Die Erweiterung gegenüber der begrenzten Lösung besteht im wesentlichen in folgenden Punkten:

- Angestrebt wird für alle Betriebe ein Investitionsvolumen mindestens in Höhe der Abschreibungen,
- für die materielle Seite der Investitionsplanung gibt es keine staatlichen Plankennziffern, sondern Berechnungskennziffern, die den Betrieben offenbar einen größeren Spielraum geben¹⁰,
- es können — im Rahmen der Eigenerwirtschaftung — Kredite aufgenommen werden,
- die Wertbegrenzung (fünf Mill. M) entfällt,
- die Verknüpfung mit dem eigenen Rationalisierungsmittelbau ist nicht so eng wie bei der kleinen Lösung.

Im Anschluß an dieses Gesetz sind weitere Regelungen¹¹ erlassen worden, mit denen die Kreditverordnung, die Finanzierungsrichtlinien und die Verordnung über die Vorbereitung und Durchführung sowie die staatliche Begutachtung von Investitionen an die neuen Vorstellungen angepaßt worden sind. Sie dokumentieren, daß die Kontrollrechte der zentralen Instanzen im Prinzip nicht eingeschränkt worden sind.

Ebenso existiert die Bilanzierung weiter, in der über Aufkommen und Verwendung von Ressourcen, also auch über die Möglichkeit von Investitionen, entschieden wird. Bisher sind im Bereich der Investitionen die größten Probleme bei dieser materiellen Seite und kaum bei der finanziellen entstanden. An dem Dilemma wird auch die Eigenerwirtschaftung nichts ändern. Außerdem ist der Gewinn wegen der verzerrten Preise nicht unbedingt ein Gradmesser für die Qualität und Rentabilität des Betriebes. Sicher ist jedoch, daß die Kombinate und Betriebe ihre notwendigen Investitionen besser beurteilen können als die „Zentrale Staatliche Inspektion für Investitionen“.

Schon seit 1988 arbeiten 16 Kombinate nach besonderen Regeln, das sind — gemessen an den Beschäftigten — 18 vH der DDR-Industrie. 1989 wird der Kreis auf 52 Kombinate der Industrie und des Bauwesens ausgeweitet¹². Für sie gilt eine „umfassende Anwendung“ des Prinzips der Eigenerwirtschaftung, die über den Bereich der Investitionen hinaus geht:

- Aus dem Gewinn werden — neben den üblichen Fonds (z.B. Prämienfonds, Leistungsfonds, Verfügungsfonds) auch die Ausgaben für Wissenschaft und Technik, die Generalreparaturen und die Umlaufmittel finanziert,
- die Nettogewinnabführung wird als Prozentsatz des Gewinns vorgegeben, nicht mehr als absoluter Betrag. Am Prozentsatz (Normativ) wird noch experimentiert; er ist unterschiedlich nach Zweigen, manchmal auch nach Jahren,
- die Produktionsfondsabgabe ist nicht mehr aus dem Gewinn zu zahlen, sondern rechnet jetzt zu den Kosten,
- vom überplanmäßigen Saldo aus Export und Import eines Betriebes kann der Betrieb 25 vH seinem Valutafonds zuführen und damit produktive Importe tätigen (bei realistischer Einschätzung handelt es sich dabei um minimale Größen).

⁶ Staatliche Plankommission, Ministerien für Wissenschaft und Technik, Finanzen und zuständige Industrieministerien, Staatsbank.

⁷ Anordnung über die Planung, Bildung und Verwendung des eigenverantwortlich zu erwirtschaftenden und zu verwendenden Investitionsfonds. In: GBl. der DDR. Teil I/1987, S. 15 ff.

⁸ Vgl. die geänderte Fassung der Planungsordnung vom 27. Februar 1987. GBl. der DDR. Sonderdruck. Nr. 1190/1 L.

⁹ Verordnung über die Planung, Bildung und Verwendung der Investitionsfonds. In: GBl. der DDR. Teil I/1988, S. 279 ff.

¹⁰ Berechnungskennziffern sind „den wirtschaftsleitenden Organen, Kombinate, Betrieben und Einrichtungen neben den staatlichen Plankennziffern mitgeteilte Ziffern, die sie auf das zu erreichende Niveau (Niveaue Kennziffern) oder Entwicklungstempo des Reproduktionsprozesses orientieren“. Ökonomisches Lexikon, 3., neu bearbeitete Auflage, Berlin (Ost) 1978.

¹¹ Vgl. GBl. der DDR. Teil I/1988, S. 283 bis 309.

¹² Neues Deutschland vom 26. Januar 1989, S. 4.

Die 16 „Experimentierkombinate“

Kombinat, Sitz des Stammbetriebes	Beschäftigte ¹⁾
VEB Petrolchemisches Kombinat, Schwedt	30 000
VEB Qualitäts- und Edelstahlkombinat, Brandenburg	38 000*
VEB Kombinat Elektromaschinenbau, Dresden	30 000
VEB Werkzeugmaschinenkombinat „Fritz Heckert“, Karl-Marx-Stadt	30 000
VEB Werkzeugmaschinenkombinat „7. Oktober“, Berlin	22 000
VEB Kombinat Polygraph „Werner Lamberz“, Leipzig	16 000
VEB Kombinat Textima, Karl-Marx-Stadt	35 000
VEB Schwermaschinenbaukombinat TAKRAF, Leipzig	40 000
VEB Kombinat Mikroelektronik, Erfurt	65 000
VEB Kombinat Robotron, Dresden	68 000
VEB Carl Zeiss, Jena	69 000
VEB Kombinat Haushaltgeräte, Karl-Marx-Stadt	28 000*
VEB Kombinat Musikinstrumente, Markneukirchen/Klingenthal	24 000*
VEB Kombinat Baumwolle, Karl-Marx-Stadt	70 000
VEB Strumpfkombinat ESDA, Thalheim	16 000
VEB Kombinat Oel und Margarine, Magdeburg	5 000*

1) Stand 1987/88 bzw. (*) 1986.
Quellen: Diverse Pressemitteilungen aus der DDR, zusammengestellt vom DIW.

Ein Bericht über die Erfahrungen der Experimentierkombinate nach dem ersten Jahr ihrer Arbeit ist in der DDR nicht publiziert worden, zwölf davon werden jedoch im Planerfüllungsbericht lobend hervorgehoben — wegen Erfüllung der Produktionspläne, Kostensenkung, Konsumgüterproduktion, Qualität oder Eigenbau von Rationalisierungsmitteln.

Produktion nach Bereichen

Insgesamt hat die Industrie der DDR die im Jahresplan vorgesehenen Zuwachsraten für die Warenproduktion (Bruttoproduktion) und die Nettoproduktion nicht erreicht.

Ebenso wenig ist es gelungen, die Kosten je 100 Mark Warenproduktion im vorgesehenen Ausmaß zu senken: Geplant waren 1,6 vH, realisiert wurde 1 vH. Gemeldet wird, daß einige Kombinate aus diesem Grunde Gewinnausfälle hatten.

Der chronische Engpaß Energie fiel 1988 wegen der in den ersten Monaten günstigeren Witterungsbedingungen weniger ins Gewicht als in den Vorjahren. Allerdings wurde der Plan zur Förderung von Rohbraunkohle nicht erfüllt: Vorgesehen war eine Förderung von 317 Mill. t, erreicht wurden nur 310 Mill. t. Die Bereitstellung von Elektroenergie stieg um 3,6 vH (Plan: 4,5 vH). Die Konzentration auf die Braunkohle wird inzwischen diskutiert; wegen der hohen Kosten und der Umweltbeeinträchtigung beim Aufschluß neuer Tagebaue sowie der Schadstoffe bei der Verbrennung. In diesem Zusammenhang wird das im Fünfjahrplan anvisierte Fördermaximum von 335 Mill. t in Frage gestellt. Als Alternative für die Braunkohle unter den Bedingungen der DDR wird die Kernenergie bezeichnet¹³.

Die Entwicklung nach Industriebereichen wird nur für die Nettoproduktion der zentralgeleiteten Industrie nachgewiesen. Fast alle Bereiche — eine Ausnahme ist vor allem die Elektrotechnik/Elektronik — blieben z. T. weit unter ihrem Planziel. Vielfach dürfte die Nichteinhaltung der Planziele auch in der Schwierigkeit der Zulieferungen begründet sein. Solange die im Hintergrund der Planung stehende Bilanzierung keine Toleranzen einräumt, sondern im Gegenteil mit der „Erschließung zusätzlicher Reserven“ rechnet, sind Lücken und Diskontinuitäten programmiert. Die Zulieferprobleme haben offenbar zugenommen, Such- und Abstimmungsprozeduren werden langwieriger¹⁴. Eine Notlösung ist jetzt mit den „kapazitätsbedingten Importen“ gefunden worden: Einfuhren sollen die Kontinuität der Produktion sichern. Dies gilt z.B. bei Wälzlagern, Normteilen, Hydraulikerzeugnissen und bei der Gußproduktion; jedoch wird nachdrücklich auf die daraus entstehende volkswirtschaftliche Belastung verwiesen.

Als besondere Leistung im Jahr 1988 wird die Vorstellung des 1-Megabit-Speicherschaltkreises hervorgehoben. Er wurde vom Kombinat Carl Zeiss Jena entwickelt und als Labormuster im September 1988 fertiggestellt. Diese Leistung der DDR ist in der Tat sehr beachtlich. Allerdings dauert es erfahrungsgemäß ein bis zwei Jahre, bis eine Serienproduktion mit akzeptabler Ausbeute angelaufen ist.

¹³ Dietmar Ufer: Beiträge des Instituts für Energetik zur langfristigen Planung der Energiewirtschaft. In: Energieanwendung. Heft 5/1988, S. 161 ff.

¹⁴ Vgl. Die 1500fache Partnerschaft. In: Wochenpost. Nr. 32/1988, S. 4 f.; Kraft des Kombines für Fortschritte bei TT-Bahnen. In: Berliner Zeitung vom 16. August 1988, S. 3; Besseres Angebot verlangt Einsatz aller Betriebe. In: Berliner Zeitung vom 24. Oktober 1988, S. 3.

Die Landwirtschaft der DDR hatte 1988 große Schwierigkeiten mit der Witterung. Nässe im März, Spätfröste im April, danach anhaltende Trockenheit hatten zur Folge, daß vielfach die Kulturen umbrochen und die Felder neu bestellt werden mußten. Die Pflanzenproduktion lag deshalb um 11 vH unter dem — hohen — Vorjahresergebnis. Die Getreideernte erreichte 10 Mill. t, nachdem es 1985 bis 1987 Rekordernten gegeben hatte. Zu erheblichen Ertragsausfällen kam es bei Zuckerrüben (–40 vH). Allerdings waren Kälte, Nässe und Trockenheit regional sehr unterschiedlich verteilt, die DDR hatte — anders als die Bundesrepublik — besonders unter den extremen Wetterlagen zu leiden. Nach den Ausfällen in der Pflanzenproduktion wurden zur Futtermittelversorgung der Tierbestände zusätzliche Importe aus westlichen Ländern in Höhe von rund 500 Mill. Valuta-Mark¹⁵ vorgenommen. In der Tierproduktion wurde das Vorjahresniveau überschritten. Die Tierbestände sind etwas gesunken.

Von der Bauwirtschaft wird eine Steigerung der Produktion von 2,8 vH gemeldet; die Zahl der Beschäftigten ist weiter rückläufig. Im Industriebau, der im vorigen Jahr scharf kritisiert worden ist, werden die Bauablaufpläne jetzt zügiger erfüllt. Im Wohnungsbau wurden 219 000 Wohnungen fertiggestellt (Plan: 211 000); davon 110 000 neu gebaut und 109 000 modernisiert. Ein Engpaß sind die Baureparaturen in allen Baubereichen.

Im Sektor Verkehr beansprucht die Instandhaltung der Schienenwege weiterhin alle Kräfte. Der erforderliche Zeitraum für die Sanierung wird gegenwärtig auf mindestens zehn Jahre veranschlagt¹⁶. Die Verlagerung der Gütertransporte von der Straße zur Schiene kam schon im Vorjahr zum Stillstand.

Einkommen und Versorgung

Anders als in den Vorjahren ist 1988 die Entwicklung von Einkommen und Einzelhandelsumsatz parallel zueinander verlaufen (jeweils + 3,9 vH). Offenbar hat man versucht, Kauffonds und Warenfonds besser in Einklang zu bringen. Die Entwicklung der Nettogeldeinnahmen ist im Prinzip mit der Entwicklung der Produktion verknüpft. Deshalb dürften die Ertragseinbußen in der Landwirtschaft zu Einkommensausfällen geführt haben. Bis jetzt ist nicht bekannt geworden, ob zum Ausgleich — wie 1987 — Mittel aus dem Staatshaushalt bereitgestellt wurden. Außerdem gab es 1988 einige Sonderentwicklungen: Einmal wurde die Erhöhung des Kindergeldes vom 1. Mai 1987 nun für das ganze Jahr wirksam; zum anderen gab es in einigen Wirtschaftsbereichen — Gesundheits- und Sozialwesen, Lehrer und Erzieher, Hochschulen, Polizei und sonstige Sicherheitskräfte — Gehaltserhöhungen und leistungsabhängige Zuschläge.

Die Zuwachsraten im Einzelhandel von 3,9 vH setzt sich zusammen aus einer Steigerung der Umsätze an Industriewaren von 5,7 vH und von Nahrungs- und Genussmit-

tern von 2,1 vH. Das ist auf den ersten Blick beachtlich. Dagegen stehen jedoch die Klagen der Bevölkerung über Versorgungsmängel, die fast noch größer als im Vorjahr gewesen sind. Der Widerspruch erklärt sich einmal durch Preissteigerungen, zweitens durch Ungleichgewichte auf Teilmärkten. Selbst von den — mit Vorrang eingestuften — 205 Positionen des staatlichen Versorgungsplans sind 57 nicht voll erfüllt worden. Das Angebot z.B. bei Textilien und Untertrikotagen, Heimelektronik, Schuhen, Sportartikeln, Möbeln und den „1000 kleinen Dingen“ hatte Lücken. Schließlich hat sicher eine Rolle gespielt, daß mit steigendem Einkommen auch die Ansprüche wuchsen. Ein Ausdruck dafür ist, daß die Umsätze in den Delikatläden um 7 vH und in den Exquisitläden um 8 vH gestiegen sind.

Eine Zeitlang hatte es den Anschein, als ob die geltende Preispolitik für den Grundbedarf in der DDR diskutiert würde. Die Subventionen dafür (ohne Wohnungswesen) beliefen sich 1987 auf 49,3 Mrd. M (Plan 1989: 51,0 Mrd. M). Unter ökonomischen Gesichtspunkten ist die Subventionspraxis unsinnig und verleitet zur Verschwendung. Im Herbst 1988 ist die Diskussion darüber jedoch abrupt abgebrochen worden. Ein Beispiel für die gegenwärtige Argumentation gibt der Nestor der Wirtschaftswissenschaften in der DDR, Jürgen Kuczinski¹⁷. Er räumt zwar die ökonomischen Probleme ein, rechtfertigt die Preispolitik jedoch damit, daß auf diese Weise für alle Menschen, auch für die mit den niedrigsten Renten und Erwerbseinkommen, das Existenzminimum gesichert sei. Erfahrungen in anderen sozialistischen Ländern, in denen die Subventionierung abgeschafft oder eingeschränkt worden sei — bei gleichzeitiger Erhöhung der Renten sowie der unteren Löhne und Gehälter — hätten gezeigt, daß bei den am wenigsten bemittelten Schichten eine Verarmung die Folge gewesen sei.

Außenhandel

Nach der Mitteilung im Planerfüllungsbericht hat sich der Außenhandelsumsatz der DDR (Export + Import) gegenüber dem Vorjahr kaum verändert (177 Mrd. VM, Zunahme 0,3 vH). Der Exportüberschuß erreichte „über 3 Mrd. VM“, daraus ergibt sich, daß Ausfuhr und Einfuhr gleichermaßen stagniert haben. Nach dem Planerfüllungsbericht belief sich der Umsatz mit dem sozialistischen Wirtschaftsgebiet auf 123 Mrd. VM (+ 0,9 vH). Diese Entwicklung war vorauszusehen, weil sich nach der Preisbildungsformel im RGW die Verbilligung der Ener-

¹⁵ Die Valuta-Mark (VM) ist eine künstliche Recheneinheit zum Ausweis des Außenhandels der DDR. Die Relation der VM zur Binnenwährung ist nicht bekannt. Gegenüber anderen Währungen wird die Relation über den Transfer-Rubel ermittelt.

¹⁶ Hanns Mauthner auf dem 13. Transportökonomischen Seminar am ISW Zabeltitz. In: DDR-Verkehr. Heft 11/1988, S. 323.

¹⁷ Jürgen Kuczinski: Ein einzigartiger Lebensstandard insofern, als... In: Neues Deutschland vom 22. Dezember 1988, S. 2.

gieimporte aus der UdSSR fortgesetzt hat. Eine zu hohe Erwartung hatte die Planung aber in den Handel mit dem „nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet“ gesetzt. Er ist etwas zurückgegangen. Sicher hatte im Plan eine größere Zunahme gestanden.

Der Handel zwischen der DDR und der UdSSR dürfte insgesamt gesunken sein (Januar bis September -4 vH). Ein wesentlicher Grund dafür ist, daß die Preise für Ölimporte nach der Durchschnittspreisbildung um 12 vH fielen. Der Planerfüllungsbericht betont ausdrücklich, daß die geplanten Exporte der DDR in die UdSSR erreicht worden sind.

In der sowjetischen Statistik sind unlängst Zahlen über die Exporte von Rohöl in die DDR 1986 und 1987 veröffentlicht worden. Sie weichen von den DDR-Angaben ab (in 1000 t):

	1986	1987
UdSSR-Statistik	19 351	19 801
DDR-Statistik	17 067	17 072

Die Lieferung von rund 17 Mill. t ist seit 1982 jährlich in den Handelsverträgen festgelegt. Die Diskrepanz der Statistik deutet darauf hin, daß die DDR außerhalb der Handelsverträge Erdöl importiert hat, und zwar möglicherweise zu Weltmarktpreisen und konvertiblen Devisen. Diese Vermutung wäre dann auch ein Hinweis zur Lösung eines lange bestehenden Rätsels: Nach der sowjetischen Statistik hatte die Sowjetunion von 1982 bis 1987 im Warenhandel mit der DDR insgesamt Überschüsse von 2,3 Mrd. Valuta-Rubel. Die DDR hat nur Umsatzzahlen veröffentlicht, verschiedentlich wurde aber betont, daß im Handel mit der Sowjetunion kein Defizit entstanden sei. Der Grund könnte in einer unterschiedlichen Verbuchung liegen. In der Sowjetunion sind diese rund 2 Mill. t Erdöl als Exporte in die DDR verbucht; in der DDR könnten sie aber — weil mit konvertiblen Devisen bezahlt — nicht dem sozialistischen Währungsgebiet zugerechnet sein.

Geht man aus von 2,3 Mill. t im Durchschnitt der Jahre 1982 bis 1987, bewertet sie mit dem Spotmarktpreis und rechnet mit dem offiziellen Rubelkurs um, ergeben sich insgesamt 1,9 Mrd. Valuta-Rubel. Der Warenhandel mit der UdSSR wäre dann mit Zahlungen in Devisen ausgeglichen worden.

Der Handel mit den übrigen europäischen RGW-Ländern hat stagniert. Nicht ausreichende Warenlieferungen der DDR haben im Zusammenhang mit dem Tourismus Anfang 1988 das Verhältnis zur CSSR getrübt. Der Saldo im Reiseverkehr mit der CSSR ist für die DDR negativ; 1987 — wie in den Vorjahren — wurden 6,7 Mill. Reisen in die CSSR registriert, in umgekehrter Richtung waren es nur 2,3 Mill. Um das Defizit zu reduzieren, beschränkte die DDR im Januar 1988 den vorher unbegrenzt möglichen Kauf von Devisen auf 440 M je Bürger und Jahr¹⁸. Bei einem vorgeschriebenen Umtausch von 40 M pro Tag bedeutete dies einen Aufenthalt in der

CSSR von nur noch 11 Tagen. Die Kritik der Bevölkerung dürfte die Verantwortlichen zu weiteren Verhandlungen mit der CSSR veranlaßt haben. Am 18. März 1988 fiel die Begrenzung weg¹⁹. Als Abwehrmaßnahme hat die CSSR Zollvorschriften für knappe Güter verschärft; diesem Beispiel sind die DDR und die UdSSR gefolgt. Die Voraussetzungen für Ausweitung des Tourismus sollen durch höhere Warenexporte geschaffen werden²⁰.

Problematisch ist der Handel mit den westlichen Industrieländern. 1988 ging er geringfügig zurück, dieser Trend hält nun schon seit 1985 an. Dabei waren 1988 die konjunkturellen Bedingungen für eine Ausweitung durchaus günstig: Die Inlandsnachfrage in den westlichen Industrieländern erhöhte sich real um 4,5 vH, die Importe (real) um 8 vH²¹. Dies konnte von der DDR überhaupt nicht genutzt werden.

Ein retardierendes Moment war die Entwicklung der Ölpreise. Auf DM-Basis waren die Preise für Öl 1988 im Durchschnitt um 20 vH niedriger als 1987. Der zu Anfang der achtziger Jahre rasch gesteigerte Anteil von Mineralöl und Mineralölprodukten am Westhandel der DDR — damals der entscheidende Faktor zum Bilanzausgleich — ist inzwischen zur Bremse geworden. Mit anderen Waren kann die DDR auf den westlichen Märkten nur schwer Fuß fassen. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit ihrer Industrieprodukte im Sektor der Investitionsgüter ist unzureichend; bei den industriellen Konsumgütern ist gegen die Konkurrenz der Entwicklungsländer nur schwer anzukommen.

Im Gegensatz zu anderen RGW-Ländern folgt die DDR immer noch der Strategie, die Importe nur im Ausmaß der Exporte zu steigern. Festgestellt wurde, daß nicht die Absicht besteht, die Kredite im Westen zu erhöhen, um die Importe zu vergrößern²². Die Nettoverschuldung der DDR in konvertiblen Währungen ist nach westlichen Angaben von Ende 1987 bis Mitte 1988 ungefähr konstant geblieben.

Über den innerdeutschen Handel liegen schon Daten für das ganze Jahr 1988 vor. Nach Angaben des Statistischen Bundesamts sind 1988 die Lieferungen der Bundesrepublik etwas zurückgegangen, obwohl noch im Dezember ein ungewöhnlich hoher Umsatz (+ 22 vH) realisiert wurde. Tendenziell zeigte sich der Rückgang in der gesamten Güterpalette, schwerpunktmäßig bei Erzeugnissen des Bergbaus und des Maschinenbaus. Die Be-

¹⁸ Neues Deutschland vom 15. Januar 1988.

¹⁹ Neues Deutschland vom 16. März 1988.

²⁰ So Ministerpräsident Stoph zur Begründung des Entwurfs des Gesetzes über den Volkswirtschaftsplan 1989. In: Neues Deutschland vom 15. Dezember 1988, S. 3 ff.

²¹ Vgl. Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung 1989. Bearb.: Arbeitskreis Konjunktur im DIW. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 1-2/1989.

²² Eastern Germany to avoid new borrowing to finance imports. Interview mit dem Minister für Außenhandel der DDR. In: Financial Times vom 2. November 1988, S. 6.

Daten zur West-Verschuldung der DDR

	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	Juni 1988
	in Mrd. US-\$								
Schuldenstand der DDR¹⁾									
Bankkredite (BIZ/OECD)	9,93	10,73	9,11	8,60	8,54	10,37	11,69	14,14	14,04
Öffentliche und öffentlich garantierte Handelskredite (BIZ/OECD)	1,40	1,50	1,62	1,95	1,74	1,45	1,87	1,97	1,95 ⁵⁾
Verpflichtungen aus dem innerdeutschen Handel ²⁾	1,96	1,62	1,57	1,49	1,00	1,43	2,06	2,61	2,48
Bruttoverschuldung	13,29	13,85	12,30	12,04	11,28	13,25	15,62	18,72	18,47
Guthaben (BIZ)	-2,15	-2,18	-1,99	-3,39	-4,53	-6,53	-7,46	-8,99	-9,10
Nettoverschuldung	11,14	11,67	10,31	8,65	6,75	6,72	8,16	9,73	9,37
Zinszahlungen³⁾	1,24	1,63	1,17	0,73	0,61	0,51	0,51	0,60	.
Export der DDR⁴⁾	4,53	5,37	6,43	7,27	7,14	7,17	7,93	8,24	.
	Relationen								
Nettoverschuldung									
— je Einwohner in US-\$	666	697	617	518	405	404	490	584	.
— in vH der Exporte	246	217	160	119	94	94	103	118	.
Zinszahlungen in vH der Exporte	27	30	18	10	9	7	6	7	.

1) Soweit statistisch nachgewiesen. Jeweils am Ende des Berichtszeitraums. — 2) Kumulierter Passivsaldo der DDR, in US-Dollar umgerechnet. — 3) Geschätzt anhand der Nettoverschuldung (ohne Swing). Für die Zinshöhe wurden folgende durchschnittliche Sätze verwendet (vgl. UN, Economic Bulletin for Europe): 1980: 11,6 %; 1981: 14,3 %; 1982: 11,6 %; 1983: 8,6 %; 1984: 9,1 %; 1985: 7,7 %; 1986: 6,3 %; 1987: 6,2 %; 1. Halbjahr 1988: 6,2 %. — 4) In die westlichen Industrieländer („kapitalistischen Industrieländer“) nach der DDR-Statistik; umgerechnet in US-Dollar über den Rubelkurs. — 5) Vorläufig.

Quellen: BIZ (Bank für internationalen Zahlungsausgleich): Forderungen und Verpflichtungen der berichtenden Banken, ohne innerdeutschen Kapitalverkehr, ohne Bankinstitute, die der BIZ nicht berichteten, ohne Kredite von Nichtbanken und Lieferantenkredite. — BIZ/OECD: Statistics on external indebtedness: Bank and trade-related non-bank external claims on individual borrowing countries and territories. Die Berichterstattung (öffentliche und öffentlich garantierte Handelskredite) beginnt 1982. 1980/81: Schätzungen — Verpflichtungen aus dem innerdeutschen Handel: Treuhandstelle für Industrie und Handel (TSI). — DIW Berlin.

zügen aus der DDR sind leicht gestiegen. Hohe Zuwachsraten gab es bei chemischen Erzeugnissen, NE-Metallen sowie Eisen und Stahl. Rückläufig waren dagegen die nominalen Bezüge von Mineralölprodukten und Produkten der Verbrauchsgüterindustrien. Im Ergebnis hatte die DDR im Warenverkehr mit der Bundesrepublik auch 1988 ein Defizit (450 Mill. VE); fast ausschließlich verursacht durch die hohen Lieferungen im Dezember.

Planung für 1989

Die Aussprache über den Volkswirtschaftsplan 1989 hat in der DDR erst Mitte September 1988, also relativ spät, begonnen. Die wichtigsten Kennzahlen lauten:

- produziertes Nationaleinkommen: + 4,0 vH,
- industrielle Warenproduktion der Volkswirtschaft: + 3,5 vH,
- Investitionen: 76 Mrd. M (+ 2 vH),

- Nettogeldeinnahmen (nominal): 3,5 vH,
- Einzelhandelsumsatz (nominal): + 4 vH,
- Außenhandel (nominal): Export + 4,3 vH; Import + 2,9 vH.

Auch 1989 wird die Zahl der Arbeitskräfte etwa konstant bleiben; man rechnet also mit einer Beschleunigung der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsproduktivität. Überdies soll der spezifische Produktionsverbrauch stärker als bisher gesenkt werden.

Die Verbesserung soll mit höheren Investitionen, Strukturveränderungen und einem größeren Effekt technischer Neuerungen durchgesetzt werden. Dementsprechend sind die Steigerungsraten für die industrielle Warenproduktion in den Investitionsgüterindustrien z. T. höher als im Plan 1988: Werkzeug- und Verarbeitungsmaschinenbau 8,2 vH, allgemeiner Maschinen- und Fahrzeugbau 6,8 vH. Die Elektrotechnik/Elektronik ist wieder der Spitzenreiter mit 8,8 vH. Die Zuwachsraten für Büro- und Personalcomputer, Speicher und Drucker

liegen höher als 1988. Demgegenüber ist für die konsumnahen Zweige Leichtindustrie, Glas und Keramik, bezirksgeleitete und Lebensmittelindustrie eine Verlangsamung geplant. Die Investitionen sollen vorrangig für die Industrie und für die Entwicklung und Anwendung der Schlüsseltechnologien eingesetzt werden.

Kauffonds und Warenfonds sollen wieder besser in Einklang gebracht werden. Deshalb ist für die Nettogeldeinnahmen eine Zunahme von 3,5 vH, für den Einzelhandelsumsatz eine Steigerung von 4 vH vorgesehen. Neue Anordnungen sind darauf gerichtet, die Zusammenarbeit von Industrie und Handel zu fördern und die Bereitstellung der „1000 kleinen Dinge“ zu stabilisieren. Das Angebot an technisch hochwertigen Konsumgütern soll ver-

größert werden, im Mittelpunkt steht die Erhöhung der Qualität.

Informativer als in den letzten Jahren ist der Teil des Außenhandels. Publiziert wird nicht nur die geplante Umsatzsteigerung (+ 3,6 vH), sondern auch die Planung für Einfuhr (+ 2,9 vH) und Ausfuhr (+ 4,3 vH). Diese Planung ist wieder sehr optimistisch; denn im RGW-Handel ist mit Sicherheit — wegen der Energiepreisentwicklung — bestenfalls mit einer Stagnation des nominalen Handels zu rechnen. Der Westhandel — seit Jahren rückläufig — soll also beachtlich erhöht werden. In vielem — z. B. Arbeitsproduktivität, Senkung des spezifischen Verbrauchs, Konsumgüterangebot, Westhandel — bedeutet die Planung für 1989 einen Umschwung in den bisherigen Tendenzen.

Aus den Veröffentlichungen des DIW

Sonderhefte

Erscheinen als neue Folge wieder seit 1948. Format DIN A 5.

- Nr.123 **Zweimal deutsche Sozialpolitik.** Von Peter Mitzscherling. 136 S. 1978. DM 26,—.
- Nr.124 **Forschung und Entwicklung in der Berliner Industrie.** Ergebnisse einer Befragung. Von Burkhard Dreher. 112 S. 1978. DM 36,—.
- Nr.125 **Maßnahmen für eine sichere und umweltverträgliche Energieversorgung.** Von Urs Dolinski und Hans-Joachim Ziesing unter Mitarbeit von Klaus-Dieter Labahn. 379 S. 1978. DM 148,—.
- Nr.126 **Zur Lage und Entwicklung der deutschen Filmwirtschaft.** Von Burkhard Dreher. 93 S. 1978. DM 32,80.
- Nr.127 **Neuberechnung der Wegekosten im Verkehr für das Jahr 1975.** Von Heinz Enderlein. 48 S. 1978. DM 18,60.
- Nr.128 **Regionalplanung und regionale Wirtschaftsstruktur in der Deutschen Demokratischen Republik.** Von Angela Scherzinger und Herbert Wilkens. 89 S. 1979. DM 33,60.
- Nr.129 **Das Kaufkraftverhältnis zwischen D-Mark und Mark (DDR). Eine Neuberechnung.** Von Charlotte Otto-Arnold. 76 S. 1979. DM 24,60.
- Nr.130 **Industrielle Strukturprobleme und sektorale Strukturpolitik in der Europäischen Gemeinschaft.** Von Fritz Franzmeyer. 160 S. 1979. DM 59,60.
- Nr.131 **Zur Interdependenz der Bevölkerungs- und Arbeitsplatzentwicklung.** Grundlagen eines simultanen interregionalen Modells für die Bundesrepublik Deutschland. Von Herwig Birg. 290 S. 1979. DM 118,—.
- Nr.132 **Zum Problem der Substitutionsmöglichkeit von Mineralölprodukten durch andere Energieträger** — dargestellt am Beispiel eines Bundeslandes. Von Urs Dolinski und Klaus-Dieter Labahn. 106 S. 1980. DM 44,60.
- Nr.133 **Möglichkeiten der künftigen Strombedarfsdeckung in der Bundesrepublik Deutschland.** Von Eckhard Casser, Jörg-Peter Weiß und Hans-Joachim Ziesing. 131 S. 1980. DM 55,30.
- Nr.134 **Lohnentwicklung und Lohnpolitik als Bestimmungsgründe konjunktureller Verläufe und struktureller Verschiebungen.** Von Hans-Peter Basler. 102 S. 1981. DM 44,80.
- Nr.135 **Elemente regionaler Wohnungsmarktmodelle und offene Fragen der Wohnungsmarktanalyse.** Von Bernd Bartholmai. 43 S. 1982. DM 22,60.
- Nr.136 **Entwicklung und Struktur des deutsch-sowjetischen Handels — Seine Bedeutung für die Volkswirtschaften der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion.** Von Jochen Bethkenhagen und Heinrich Machowski. 83 S. 1982. DM 44,—.
- Nr.137 **Berechnung der Kosten für die Wege des Eisenbahn-, Straßen-, Binnenschiffs- und Luftverkehrs in der Bundesrepublik Deutschland für das Jahr 1981.** Von Heinz Enderlein. 59 S. 1983. DM 22,60.
- Nr.138 **Die Bedeutung des innerdeutschen Handels für die Wirtschaft der DDR.** Von Doris Cornelsen, Horst Lambrecht, Manfred Melzer und Cord Schwartau. 203 S. 1983. DM 84,—.
- Nr.139 **Beurteilung der Wirtschaftlichkeitsschwelle und Analyse der Produktionskapazitäten bei neuen Technologien zur Energieeinsparung in mittel- und längerfristiger Sicht.** Von Hans-Joachim Ziesing. 458 S. 1983. DM 198,—.
- Nr.140 **Neuorientierung in den Beziehungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den Entwicklungsländern.** Von Fritz Franzmeyer, Hans J. Petersen (Hrsg.). 251 S. 1984. DM 44,60.
- Nr.141 **Messen und Ausstellungen als expansive Dienstleistungen.** Von Uwe Müller. 100 S. 1985. DM 22,60.
- Nr.142 **Präferenzregelung der Forschungs- und Entwicklungsförderung in Berlin.** Von Kurt Hornschild. 68 S. 1985. DM 19,80.
- Nr.143 **Regionale Beschäftigungsentwicklung und produktionsorientierte Dienstleistungen.** Von Franz-Josef Bade. 280 S. 1987. DM 56,—.
- Nr.144 **Der Beitrag der Europäischen Gemeinschaft zur Bekämpfung des Hungers in der Welt.** Von Peter Hrubesch und Siegfried Schultz (Hrsg.). 259 S. 1987. DM 54,—.
- Nr.145 **Die Beseitigung von Steuergrenzen in der Europäischen Gemeinschaft — Vorteile und Probleme einer Harmonisierung von Mehrwertsteuer und Verbrauchsteuern im europäischen Binnenmarkt.** Von Rüdiger Parsche, Bernhard Seidel und Dieter Teichmann unter Mitarbeit von Georg Erber und Hansjörg Haas. 468 S. 1988. DM 82,60.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (0 30) 82 99 10 — Telefax (0 30) 82 99 12 00
BTX-Systemnummer * 2 99 11 #

Präsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp (beurlaubt)

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer, Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Dr. Frieder Meyer-Krahmer, Dr. Reinhard Pohl, Prof. Dr. Werner Rothengatter, Dr. Horst Seidler, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

Die Lage der DDR-Wirtschaft zur Jahreswende 1988/89. Bearbeitet von Doris Cornelsen. —

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: ZIPPEL-Druck, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 125,—, vierteljährlich DM 35,—, Einzelnummer DM 4,—.

Zuzüglich Versandkosten

— Hierzu ein Prospekt des DIW —